

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 75.

Freitag, 29. Juni.

1877.

Parteienossen!

Schnell eilt die Zeit — wiederum naht ein Quartal seinem Ende, ein neues beginnt, und an seiner Schwelle nun erinnern wir Euch daran, Eure Pflichten gegen die Partei, gegen Euch selbst als Parteienossen zu erfüllen.

Ihr habt uns berufen, die Interessen der Partei zu fördern, aber sie zu wachen; allein Ihr habt dies keineswegs gethan, um Euch dadurch auf den Beweis der Existenz einer Arbeiterpartei zu beschränken, sondern um in das Parteileben eine bestimmte Willensrichtung zu bringen, um anzuerkennen, daß die Parteibewegung einen einheitlichen Charakter haben solle.

Angeht die Hindernisse nun, welche einer festgeschlossenen, formellen Partei-Organisation in Deutschland im Wege stehen, kann die Einheit der Partei nur gewahrt werden, wenn fort und fort das bewusste Streben nach einem Ziele uns alle leitet, wenn wir uns einen geistigen Brennpunkt schaffen, der Jeden unter uns befähigt, ohne besondere Winke, zur Noth ohne formelle Vereinigungen, für die gute Sache des arbeitenden Volkes in Uebereinstimmung mit den übrigen Parteienossen zu wirken. Dieser Brennpunkt ist vorhanden. Das Centralorgan der Partei, der „Vorwärts“, ist längst von der Partei als solcher bezeichnet und gewürdigt worden. Was aber von der Gesamtheit proklamirt worden, das soll auch von jedem Einzelnen beachtet werden. Jeder Einzelne von Euch, Parteienossen, hat die Pflicht, das Centralorgan selbst zu lesen und zu verbreiten. Nur durch die Erfüllung dieser Pflicht kann ein Anrecht auf die direkte Zugehörigkeit zur Partei begründet werden.

Die Zeiten sind schlecht, das ist wahr. Aber wer allein den „Vorwärts“ nicht halten kann, der thue es mit zwei, drei Genossen vereinigt. Jedensfalls muß Euch allen der „Vorwärts“ höher stehen, als die Lokalblätter — sollte dies nicht der Fall sein, dann ziehe das Verzicht leisten auf das Kennenlernen der gesammten Arbeiterbewegung, die sich in keinem Blatte so vollendet abspiegelt als im „Vorwärts“!

Parteienossen! Ueberall in Nord und Süd, Ost und West, tretet ein für die Verbreitung des „Vorwärts“, tretet jetzt ein, gerade der Quartalswechsel macht Euch die Agitation für das Centralorgan der Partei leicht. Thue jeder seine Schuldigkeit — ohne Agitation kein Erfolg.

Das Central-Wahlcomité Deutschlands.
Auer. Brasch. Derossi. Geib.
Hartmann.

Die Sozialdemokraten und der Bauernstand.

Mit dieser Ueberschrift bringt der, als Fachblatt unzuverlässig recht gut redigirte „Frankische Landwirth, Organ des landwirthschaftlichen Vereins für Unterfranken und Aschaffenburg“, in der Nummer vom 25. Februar d. J. nachstehenden Artikel aus der Feder des „Oekonomieraths Dr. Böll“, mit dem Motto: „Trau, schau, wem!“

Unser Vereinsblatt befaßt sich nicht mit Politik. Der Sozialismus aber ist, wie die beabsichtigte Steuerrevision, ein volkswirtschaftlicher Gegenstand und als solcher gehört auch der Sozialdemokratie vor unser Forum. Seither hat zwar unser Blatt keine Notiz von demselben genommen, weil wir der Meinung waren, daß der Bauernstand die Ideen und Ziele der Sozialdemokratie aus den politischen Tagesblättern hinreichend kennen lernen würde. Mehr als diese Kenntniß ist aber dem Grundeigentümer, also dem Bauernstande, nicht nöthig, um sofort zu wissen, wie er sich den Sozialisten gegenüber zu verhalten hat.

Nachdem aber behauptet wird, daß bei der letzten Reichstagswahl auch grundbesitzende Bauern mit den Sozialdemokraten stimmten, würde das Vereinsblatt seine Pflicht und Schuldigkeit nicht thun, wenn es die Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, insoweit dies etwa noch notwendig erscheint, nicht darüber aufklären wollte, was die Sozialdemokraten von dem Grundeigentümer denken, und was sie mit demselben vorhaben.

Die Sozialdemokraten halten von Zeit zu Zeit große Versammlungen, sogenannte Congresse ab, auf denen sie Beschlüsse fassen, welche sie unter dem Namen Resolutionen öffentlich bekannt geben. Die erste dieser Resolutionen lautet gewöhnlich:

„Das Grundeigentum ist ein Unglück für die menschliche Gesellschaft; der Congreß erklärt daher: die Gesellschaft ist berechtigt, das Privateigentum am Grund und Boden abzuschaffen.“

„Was heißt dies? Es heißt: Wenn wir Sozialdemokraten zur Herrschaft gelangen — und sie glauben fest, daß dies geschieht — so hört der Privatgrundbesitz auf, wir nehmen alsdann den Grundeigentümer, also auch den Bauern, ihre Acker, Wiesen und Weinberge ohne jede Entschädigung ganz einfach in der Weise hinweg, daß wir allen Grund und Boden für gemeinsames, d. h. für Staatseigentum erklären; dazu ist der sozialdemokratische Staat nicht nur berechtigt, sondern weil das Privateigentum am Grund und Boden ein Unglück für die Gesellschaft ist, auch verpflichtet.“

„Das, wie die Sozialdemokraten sagen, „exproprierte“, aber, weil ohne Entschädigung mit Gewalt hinweggenommen, in Wirklichkeit den Bauern geraubte Land soll alsdann, wie die Finen wollen, gemeinschaftlich von Arbeiterpartei bestellt und abgeerntet werden, oder, wie die Anderen wollen, es soll vom Staate an die Bauern, die früheren Eigentümer, wieder verpachtet werden, und der Pacht soll natürlich in den sozialdemokratischen Staatsfäden liegen. Voraussetzlich würde dieser Pacht in Bayern etwa einhundert und dreißig Millionen Mark betragen, welche also die Bauern, die jetzigen Grundeigentümer, zu zahlen hätten.“

„Da die Herren Sozialdemokraten sehr bald finden würden, daß bei der gemeinschaftlichen Bewirthschaftung nichts herauskommt, weil hierbei genau so fleißig gearbeitet werden würde, wie bei den jetzigen Gemeindefrohnden, so wird ohne Zweifel, wenn die Herren an's Regiment kommen, zur Verpachtung des den Bauern geraubten Landes geschritten werden; denn 130,000,000 Ländereipacht, oder, wie es die Sozialdemokraten nennen, „Bodenrente“ allein in Bayern, ist ein gar zu schönes Wort.“

„Mehr braucht wohl kein Grundeigentümer, kein Bauer von den Ideen und Absichten der Sozialdemokratie zu wissen. Wer aber mehr wissen möchte, dem empfehlen wir die kleine, in jeder Buchhandlung vorrätige, nur 60 Pfennige kostende Schrift: „Die Sozialdemokraten, was sie den Wählern versprechen und was sie wollen.“ Berlin, Verlag von Julius Springer, 1876.“

Nach Darlegung der sozialistischen Lehren und ihrer Widersinnigkeit ist unter Anderem in dieser Schrift gesagt:

„Eine große Menge Arbeiter kann durch Vorpiegelung eines behaglichen, sorgenfreien Lebens für einige Zeit verführt werden. Wenn dem Arbeiter aber die eigentlichen Ziele der Sozialdemokraten klar werden, wenn der Familienvater hört, daß künftig seine Tochter in 8 Tagen 7 Männer heirathen kann, wenn er endlich die religiösen Anschauungen der sozialdemokratischen Führer, ihr Prahl mit Atheismus (Gottesleugnung), ihre Ablehnung der Unsterblichkeit, der Strafe und Belohnung kennen lernt, so wird er sich mit Ekel und Verachtung von den Verführern, die bis dahin von seinem Schweiße gelebt haben, abwenden. Es genügt vollkommen, dem tüchtigen Arbeiter aus den eigenen Erklärungen der Sozialdemokraten deutlich zu machen, was sie eigentlich wollen, um ihn zum entschiedenen Gegner derselben zu machen.“

An einer anderen Stelle heißt es:

„Die französische Regierung und einzelne Städte, wie Paris, Lyon, Marseille haben auf ihre Kosten in diesem Jahre (1876) eine große Anzahl Arbeiter zur Ausstellung nach Philadelphia geschickt. Die sozialistisch gesinnten Arbeiter sind sehr niedergeschlagen zurückgekehrt. Ihr Wortführer erklärte bei einem Bankett in Paris, daß in dem freien Amerika dieselben Zustände herrschen, wie bei uns, an Einführung sozialdemokratischer Organisation sei dort nicht zu denken, obgleich ein stehendes Heer so gut wie gar nicht vorhanden ist und die Majorität überall entscheidet. Sehr natürlich, sozialdemokratische Organisation widerspricht der menschlichen Natur wie dem geunden Menschenverstande. Der Pariser Berichterstatter erwähnt, die von deutschen Anknüpfungen angestellten sozialistischen Versuche haben ergeben, daß der Sozialismus bloß auf dem Papiere und im Munde arbeitshener Schwindler bestehen kann.“

Am Schluß des genannten Buches sagt der Verfasser:

„Wer von Euch einen solchen Staat schaffen helfen, wer dem Grundeigentümer sein Land, dem Fabrikanten seine Fabrik, dem Besitzer von Werthpapieren sein Vermögen und seine Eriparrnisse fortnehmen, wer sein Weib verstoßen oder ihm gestatten will, ihm zu entlaufen, wer seiner Tochter gestatten will, sich heute an Dieben, morgen an Jenen angeblich zu „verheirathen“, wer Kaiser und König aus dem Lande treiben und einen Sozialdemokratenführer zum Präsidenten der Republik machen will, der wähle einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Wer aber dies Alles oder Einzelnes davon nicht will, der kann keinem Sozialdemokraten seine Stimme geben.“

„Nun, Ihr sozialdemokratischen Wähler aus dem Bauernstande, wenn es wirklich deren gegeben hat, wie gefällt Euch dies?“

„Darum: Trau, schau, wem!“ —

Das der Artikel.

Ja, wie gefällt Euch dies? fragen nun wir.

Haut auf's Herz! Hat jemals ein sozialdemokratischer Redner, hat jemals ein sozialdemokratisches Flugblatt, Zeitungsblatt oder Buch ähnlichen Blödsinn vorgebracht, als uns hier untergeschoben wird? Ihr sagt einstimmig: Nein! und müßt es sagen, denn andernfalls würdet Ihr die Unwahrheit sagen.

Wißt Ihr, wer die „Schrift“ angefertigt hat, auf die der Herr „Oekonomierath“ sich bezieht? Herr Eugen Richter, derselbe Herr Eugen Richter, der soeben im 6. Berliner Wahlkreis sein Wesen getrieben und durch sein maßloses Geschimpfe auf die Sozialdemokratie und durch seine unanständige, unehrliche Kampfweise die Wähler der Reichshauptstadt mit solchem Ekel erfüllt hat, daß sie mit überwältigender Majorität für die Sozialdemokratie ihre Stimme abgaben. Die in jener Schrift vorgebrachten Lügen und Verleumdungen, welche von Herrn Eugen Richter im letzten Berliner Wahlkampf wieder aufgetischt wurden, sind am 14. d. M. in der Reichshauptstadt von der größten Wählerschaft Deutschlands*) gerichtet und verurtheilt worden.

Ja, Lügen und Verleumdungen! Und was die Sache noch schlimmer macht, die Gemeinheiten und Verbrechen, deren der Mann uns anlagt, es sind die Gemeinheiten und Verbrechen seiner eigenen Freunde, seiner eigenen Klasse! Wer treibt jetzt die Vielweiberei? Fragt Herrn Dunder, den Intimus des Richters. Wer raubt dem Bauer sein Gütchen? Wer ruiniert den kleinen Handwerker? Wer stiehlt dem hilflosen Alter die sauren Eriparrnisse, den Wittwen und Waisen das letzte Gut? Fragt die Herren Gründer, Schwindler und Großkapitalisten: die Miquel, Strousberg, Krupp — die Klassegenossen des Herrn Richter, die nur im Geiste des von ihm vertretenen Systems gehandelt haben und handeln.

*) Der 6. Berliner Wahlkreis hat 42,000 Wahlberechtigte.

Der „französische Arbeiter“, welcher erklärt hat, „daß der Sozialismus bloß auf dem Papiere oder im Munde arbeitshener Schwindler bestehen kann“, ist eine Erfindung des Herrn Richter. Herr Richter, der sich mit der ihm eigenen Vieltheiligkeit in den Zeitungen bald als reichstreuer Fortschrittler und Nationalliberaler, bald als reichsfeindlicher Demokrat und Partikularist produziert, hat sich hier zur Abwechslung einmal in eine französische Arbeiterblouse verpackt.

Das ist die Autorität des Herrn „Oekonomieraths Dr. Böll“.

Und was sagt Herr Böll selbst? Zunächst eine Unwahrheit. Ein Congreßbeschuß wie der, welchen er mittheilt, und zwar mit dem Bemerkten, daß er „gewöhnlich“ als erste „Resolution“ auf allen sozialdemokratischen Congressen gefaßt werde, ist einfach niemals gefaßt worden. Wenn der Herr Oekonomierath uns nachweisen kann, daß ein solcher Beschuß je auf einem sozialdemokratischen (oder internationalen) Congreß gefaßt worden ist, so erklären wir von vornherein alle seine Angriffe auf die Sozialdemokratie für berechtigt. Wenn er es aber nicht nachweisen kann, welchen Namen verdient dann der Herr „Oekonomierath“?

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Grund- und Bodenfrage ist in der Liebknecht'schen Schrift über diesen Gegenstand zur Genüge und ohne jeglichen Rückhalt präzisirt und klargestellt. Und — sehr bezeichnend — während des ganzen Verlaufs der letzten Wahlcampagne ist niemals und nirgends auch nur eine Zeile aus dieser Schrift gegen uns citirt worden. Warum? Einfach, weil man nicht konnte! Weil die Ziele, welche wir wirklich verfolgen, die Gründe, die wir entwickeln, jedem Denkfähigen und Unbefangenen einleuchten. Darum muß man uns falsche Ziele und falsche Gründe andichten.

Nie, das sei hier noch erwähnt, ist es einem Sozialdemokraten eingefallen, das Privateigentum überhaupt abzuschaffen zu wollen. Nie ist es einem Sozialdemokraten eingefallen, den „Bauern ihre Acker, Wiesen und Weinberge wegnehmen“ zu wollen.

Nur Ehre (?) des Herrn „Oekonomieraths“ sei angenommen, daß er nicht wider besseres Wissen diese krasen Unwahrheiten gesagt hat, sondern aus Unwissenheit, denn unwissend ist der Herr „Oekonomierath“ in einem Grade, der sogar uns, die wir so viel mit unwissenden Gegnern zu thun haben, in Erstaunen versetzt.

Weiß der Herr „Oekonomierath“ nicht, daß der Kleingrundbesitz keiner so intensiven und nutzbringenden Bodenbewirthschaftung fähig ist, wie der Großgrundbesitz, und deshalb die Konkurrenz mit ihm nicht aushalten kann?

Hat der Herr „Oekonomierath“ nicht genug Kenntnisse, um einzusehen, daß, wenn die Bauern eines Dorfs eine Genossenschaft zu gemeinsamer Bewirthschaftung ihrer Acker und Wiesen bilden, sie dann im Stande sind, sich die Vortheile des Großbetriebs zu sichern, wozu sie einzeln nicht im Stande wären, und auf diese Weise den Ertrag ihrer Acker und Wiesen zu steigern?

Wir rathen dem Herrn „Oekonomierath“, der nicht einmal in der „Oekonomie“ zu Hause zu sein scheint, doch, ehe er wieder über Sozialdemokratie schreibt, Oekonomie — landwirthschaftliche und politische — zu studiren und, statt sich bei Ignoranten und journalistischen Klopffedlern vom Schlage eines Richters über das Wesen der Sozialdemokratie Rath zu erholen, die Schriften der Sozialdemokraten selbst zu lesen, mit Nachdenken zu lesen!

Belehren wollen wir den Herrn „Oekonomierath“ nicht — bei Leibe nicht; aber wir meinen es doch gut mit ihm — befolgt er unseren Rath, so wird er wenigstens kein so albernes Zeug mehr schreiben. Und „Dr. Böll“ wird uns zugeben, Unvernunft und Unwissenheit stehen sogar einem „Oekonomierath“ schlecht.

Sozialpolitische Uebersicht.

— In Bezug auf unseren Leitartikel: „Man soll das Staatsoberhaupt nicht in die Debatte ziehen“ — in Nr. 74 des „Vorwärts“ erhalten wir folgende Zuschrift:

„Beunruhigt ich wohl begreifen kann, daß der deutsche Kaiser im Hinblick auf die am Tage vorher stattgefundene Wahl im 6. Berliner Wahlkreis mit „den ausföndenden Bestrebungen auf sozialem Gebiete“ die Tendenzen der Sozialdemokratie meinen konnte, so sieht dies doch nicht fest, da die ausföndenden Bestrebungen der liberalen Gründer, Bucherer und Parlamentshelden auf sozialem Gebiete doch viel näher liegen. Deshalb ist es immerhin möglich, daß der Kaiser den Liberalismus gemeint hat.“

Wir drucken diese Ansicht ab und überlassen es dem Leser, darüber nachzugrübeln, was der Kaiser mit dem von uns citirten Ausspruch gemeint hat.

— Der den Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften früher nahestehende „Hamburgische Correspondent“ macht folgende Bemerkungen, welche unseren Lesern gewiß eine kleine Freude bereiten werden:

„Es scheint, die Sozialistennoth wird noch höher, als sie bereits gestiegen, anwachen müssen, ehe man sich davon überzeugt, daß nicht alle, eine augenblickliche Schädigung des Gegners versprechende Repressionsmittel heilsam und zulässig sind. Wenige Tage vor der Berliner Wahlkämpfe wurde zu Kassel der Versuch gemacht, durch Begründung einer sog. „neuen freien Arbeiterpartei“ der sozialdemokratischen Front einen Damm zu ziehen und die conservativen und maßvollen Elemente des vierten Standes um eine gemeinsame Fahne zu vereinigen. Dieser Versuch ist so kläglich abgelaufen, daß die in liberalen Blättern

über denselben gefällten Urtheile noch härter lauten, als diejenigen der sozialdemokratischen Presse. Mit der abgegangenen Redensart, daß Jedermann das Recht habe, sich durch Fleiß und Intelligenz aus der beifloßen in die besitzende Klasse hinauf zu arbeiten, hat man das Verlangen nach Besserung der Lage der beifloßen Klasse, — mit Auspreisungen der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine den Ruf nach „Organisation der Arbeit“ beantwortet zu können gemeint und in einer zu drei Vierteln von „Bourgeois“ zusammengesetzten, noch nicht hundertköpfigen Versammlung hochtönende Resolutionen über die Ausichtslosigkeit einer Bewegung gefaßt, deren Führer und Agitatoren allein nach Tausenden zählen. Unternehmungen solcher Art sind einfach als Ausgeburt abfoluter Unbekanntheit mit dem Wesen des Sozialismus oder (um es kurz zu sagen) der Unwissenheit anzusehen und leisten der sozialdemokratischen Agitation größeren Vorschub, als Duzende langweiliger Arbeitermeetings und bis zum Ueberdruß vernommener Berufsreden. An einen Wandel wird erst zu denken sein, wenn diejenigen, die gegen den Sozialismus vorgehen, denselben mindestens so genau kennen gelernt haben, wie die Hakenknecht, Bebel und Liebknecht die alte Gesellschaft kennen. Wo es sich nur darum handelt, ob vorgeschrittene Demokraten oder Sozialisten die Wählerkreise der großen Städte repräsentiren, werden die letzteren regelmäßig die Chancen des Sieges für sich haben, weil sie die consequenteren sind.

Dieser Ausführungen wollen wir nur hinzufügen, daß der „Hamburgische Correspondent“ schon damals, als er noch die ekelhaften, von Unwissenheit strotzenden Berliner W. Correspondenzen (Walbow) mit Behagen aufnahm, begreifen mußte, daß man mit solchen Waffen keinen Gegner bekämpfen darf. Im Uebrigen freut es uns, daß der „Hamburgische Correspondent“, sonst ein sehr anständiges und geachtetes Blatt, obiges Urtheil fällt.

In Bezug auf die Beschränkung der Bucherfreiheit, nach welcher jetzt vielfach verlangt wird, macht Dr. Ferrat in der „Dresdener Correspondenz“ den Vorschlag, zuerst mit der Beschränkung des Börsenwuchers, des Agiotagen- und Dividendenwuchers zu beginnen. Er erkenne die verheerenden Wirkungen des kleinen Buchers in Stadt und Land allerdings an, wie er von Schacherern, wucherischen Vieh- und Productenhändlern, den Pfandlei- und Ricktaufsgegeschäften betrieben wird, er meint dann aber: Dies ist immer nur erst der kleine Wucher. Schlimmer noch, als dieser kleine Wucher, ist der große, welcher an Börsen und in unseren Bankhäusern vor sich geht. Was ist die „Agiotage“? Anders, als ein im größten Maßstabe betriebener Coursbucher? Wird von den Aktiengesellschaften nicht ein gefährlicher Dividendenwucher betrieben? Schützt nicht Stroußberg selbst, der es doch wissen muß, das ganze moderne Bankgeschäft als hauptsächlich vom Wucher lebend? Hat doch eines der ersten Berliner Bankhäuser dem Herrn Stroußberg, wie dieser selbst erzählt, 30 Prozent monatlich abgenommen? Dazu bemerkt der „Reichsbote“: „Wir haben neulich, als wir die Bucherfreiheit ausführlicher besprachen, schon hervorgehoben, daß man durch Bucherpreise freilich den Wucher eben so wenig ganz aus der Welt schaffen wird, als durch andere Gesetze den Diebstahl, den Mord oder irgend ein anderes Vergehen und Verbrechen.“ Aber der Wucher muß durch Gesetze eben so verboten und strafbar sein, wie jedes andere Vergehen und Verbrechen, das erfordert die Gerechtigkeit, die sittliche Weltordnung und das sittliche Bewußtsein des Volkes. Es wird sich dann zeigen, daß, wenn auch nicht aller, so doch sehr viel Wucher verhindert werden kann — das Volk hat dann doch einen Schutz gegen die raffinierte Spießbücherei der zudringlichen Schacherer, deren List der gemeine Mann oft beim besten Willen und bei größter Vorsicht nicht entgehen kann, und der Richter dort nicht genöthigt, dem Buchstaben des Gesetzes nach Urtheile zu sprechen, gegen die sich sein eigenes Gewissen empört, in welchen er den Wucherern Recht geben muß gegenüber ihren armen, ausgeplünderten, und vielleicht um Haus und Hof gebrachten Opfern. Sagt man, die Bucherpreise seien störend für den Handel, so ist zu entgegnen: für den redlichen Handel sind sie es nicht, und es wäre gut, wenn endlich die Schacherer aufhören müßten, Handels- und Kaufleute zu heißen. Schließlich ist aber der Mensch nicht des Handels wegen da, und das Volk nicht als melkende Kuh für die Händler zu betrachten.

Ueber derartige Auslassungen freuen wir uns; zeigen sie

*) Bismarck und Tessenorff sind bekanntlich anderer Meinung.

Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Dr. Guido Weiß.

Die 2. Abtheilung des Kriminalsenats des Kammergerichts (Vorsitzender Kammergerichtsrath Steinhäuser) in Berlin verhandelte heute in der Appellationsinstanz den bekannten Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Schriftsteller Dr. Guido Weiß, einen Prozeß, der durch die dabei in Betracht gekommenen politischen Gesichtspunkte und durch die Art und Weise seiner Aburtheilung, welche letztere die gefährlichsten Konsequenzen für die gesammte deutsche Presse, ja sogar für jede reinwissenschaftliche oder geschichtliche Kritik in sich birgt, das weitgehendste Interesse für sich in Anspruch nehmen dürfte. — Der Thatbestand ist in Kürze folgender. Die Nr. 43 der vom Angeklagten herausgegebenen „Waage“ vom 5. November 1878 enthielt einen „Der Waffenstillstand“ betitelten Aufsatz, worin unter Darstellung des serbisch-türkischen Konflikts das russische Intriguenpiel hierbei beleuchtet wird. Während Rußland dem Sultan Friedens- und Freundschaftsversicherungen heuchelte, stachelte es andererseits dessen Unterthanen notorisch zur Empörung an. Dieses frivole Doppelspiel finde allem Böllerrecht zum Troß, zur Verhöhnung von Teu und Glauben unter der Regide des Drei-Kaiserbundes, dieser großartigsten Offenbarung des 19. Jahrhunderts, statt. Zu seiner Ehre mußte man annehmen, daß dieser Drei-Kaiserbund wirklich nicht existirt etc. — Der erste Richter — das hiesige Stadtgericht (Deputation Reich) — erachtete in diesen Äußerungen eine Beleidigung des qu. Bundes und sonach auch unseres Kaisers, als eines Mitglieds des Bundes, für vorliegend und erkannte daselbst gegen den Angeklagten auf 3 Monate Festungshaft. — Hiergegen führte Rechtsanwalt Frosch als Bertheidiger des appellirenden Angeklagten im heutigen Audienztermin vor dem Kammergericht aus, daß das qu. Bündniß schon um deswillen gar nicht beleidigt werden könne, weil es einfach überhaupt nie existirt habe. Der beste Beweis dafür seien die Worte des Fürsten Reichskanzlers, die er an die von Herrn Kochmann geführte Deputation des Reichstags richtete, welche ihm unmittelbar nach der Drei-Kaiserzusammenkunft den Ehrenbürgerbrief der Stadt Berlin überbrachte. „Meine Herren“, so äußerte sich damals der Kanzler, „alle Welt sagt bezüglich der Drei-Kaiserzusammenkunft, daß ein Bündniß oder gar ein Schutz- und Trutzbündniß zwischen Preußen, Oesterreich und Rußland abgeschlossen

worden sei, daß die liberale Volkswirtschaft in den weitesten Kreisen Verdammung findet. Aber Erfolg von Agitationen gegen die Bucherfreiheit kann man sich nicht versprechen. Läßt doch das ganze wirtschaftliche Getriebe der heutigen Gesellschaft auf Bücher hinaus! Uebrigens wird das vom Wucher gekrönte Gebäude schon sehr wandlich und keine 3 Generationen mehr überdauern.

— Dr. Dähning hat von Berliner Studenten eine Adresse erhalten, in welcher es heißt:

„Es hat sich das Gerücht eines gegen Ihre Lehrthätigkeit gerichteten Vorgehens der philosophischen Fakultät hiesiger Universität verbreitet. Hierdurch sehen sich die Unterzeichneten veranlaßt, zu erklären, daß sie sich wohl bewußt sind, welche Achtung sie einem Manne schulden, der, fern von allen eigennütigen Absichten, unter den schwierigsten Verhältnissen stets muthig seine Meinung geäußert und vertheidigt hat und im Kampfe für das, was er für richtig halten mußte, auch vor keinem Hindernisse zurückschreckte. Es möge dies beweisen, daß auch unter der hiesigen Studentenschaft Gefühl für Gerechtigkeit und Freiheit vorhanden ist und Achtung vor jeder auf innerster Ueberzeugung gegründeten Meinung.“

— Aus höheren Kreisen. Graf Leo Ferd. Samedan Dr. jur. und Bruder des Wiener Staatsanwaltes und bekannten Sozialistenfreiers gleichen Namens wurde wegen Bettelns und Trunksucht aus Ostpreußen ausgewiesen und über die Grenze geschickt. Derselbe machte vergangene Woche mittelst Zwangspasses die unfreiwillige Reise nach Wien und zwar in sehr heubekommenem Zustande. Hossentlich wird der Herr Staatsanwalt Graf Samedan künftighin nicht mehr die sozialistischen Agitatoren für Vagabunden und die Sozialdemokraten für arbeitsscheue Menschen erklären, weil er in der Furcht leben wird, daß man ihm seinen verbummelten und verhoffenen Bruder Graf Leo Ferdinand Samedan entgegenholten könnte. — Wie uns ferner mitgetheilt wurde, ist vor einiger Zeit in Stettin ein Weinhändler Namens Tessenorff wegen Weinfälschung zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden — ob der Herr ein Verwandter des bekannten Sozialistenverfolgers in Berlin ist, konnten wir nicht erfahren.

— Verhaftung eines russischen Agenten. Vor einigen Tagen reiste der russische General und Departementschef des Ministeriums des Innern, Baron von Osten-Sacken, mit einem großen Koffer voll Rubel in Galizien umher, um die slavische Bewegung anzufassen. Er wurde aber von den österreichischen Behörden ertappt und eingestekt. Zuerst hieß es, daß der Grund seiner Verhaftung in sozialistischen Umtrieben zu suchen sei. Es ist wohl möglich, daß dieser saubere russische Agent der Lemberger Jugend allerlei Versprechungen in Bezug auf Freiheit und Volkswohl gemacht hat, wenn sich die Galizier der panslavistischen Bewegung angeschlossen. Daß sich am Ende auch noch einige Arglose haben fangen lassen, welche die russische Krone für Volkswohl ansahen, ist auch wohl möglich. Gut war's, daß die österreichische Regierung hinter diese Schliche kam. Um den Uebel zu vermeiden, wurde der russische General und Departementschef nach zweitägiger Haft in Folge einer von Wien angehenden Weisung am 23. Juni wieder entlassen. Daß solche Agenten mit dem Rubelband auch in Deutschland umherreisen und die Presse zu rubelstücken suchen, ist bekannt; auch sollen dieselben sich an die in Deutschland studirenden Polen, Russen, Tschechen und Ungarn heranmachen, theils um zu spioniren, theils um die slavische Jugend für Rußland zu fanatisiren.

— Den zweiten September hat Mac Mahon als Wahltag für die Wahlen zur Nationalversammlung bestimmt. Der Jahrestag der Schlacht bei Sedan, in welcher Mac Mahon so glücklich und rechtzeitig verwundet wurde, so daß nicht er, sondern ein ganz unschuldiger, der Tags zuvor aus Algier angekommene General Wimpfen, die Folgen der Schlacht zu tragen hatte, löst dem Herrn Präsidenten wohl großen Muth für seine „gute“ Sache, für die Sache der „Ordnung“ ein. Uns kümmern die Wahlen nicht viel — ob Mac Mahon, Thiers oder Gambetta oder Yulu Staatsoberhaupt wird, kann uns gleichgültig sein — die ersten Drei haben sich in Bürgerblut gebadet und der Letztere trägt einen zu bezeichnenden Namen, um vor solchen Vade zurückzuschrecken. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir eines bevollmächtigten Besieger der Commune, nach dem Einzuge der Versailleser Truppen in Paris 1871 an Letzteren geschrieben hat.

sei. Nun ist aber Eines so falsch, wie das Andere. Ich bitte, meine Herren, sagen Sie allen, die es hören wollen: von einem Bündniß kann gar nicht die Rede sein; die Bedeutung der Entrevue liegt einzig darin, daß es gelang, die drei Monarchen zusammenzubringen; das bedeutet gutes Einvernehmen, freundschaftliche Beziehungen, wohlwollendes Entgegenkommen, aber weiter nichts, sie verpflichten sich untereinander zu nichts, sie binden sich nicht, sie haben nur den Wunsch, Europa womöglich den Frieden zu erhalten und das ist viel werth. Die Erreichung des letztgedachten Zielles — Erhaltung des Friedens — soll durch gemeinsame Besprechungen von Fall zu Fall erfolgen.“ Hiernach sei die Annahme der Notorität des Dreikaiserbündnisses nichtig. Jamiweit die russische Diplomatie durch den Artikel beleidigt sei, komme hier nicht in Betracht, sondern lediglich, ob der Kaiser durch die Worte: — das frivole russische Doppelspiel geschehe unter der Regide des Dreikaiserbundes — beleidigt sei. Eine direkte Beleidigung habe selbst der erste Richter nicht angenommen, aber auch eine indirekte liege nicht vor, da man unter dem Ausdruck „unter der Regide“ doch nur verstehen könne, daß das Drei-Kaiserbündniß russischerseits als Deckmantel für Intriguen benutzt werde. Keinesfalls aber könne man dem Angeklagten den Dolus für die Beleidigung oder nur das Bewußtsein, daß er objektiv eine solche begangen, imputiren. Das wäre wohl zur Zeit der heiligen Allianz möglich gewesen, wo drei absolute Monarchen aus eigener Entschiedenheit einen Vertrag schlossen, aber nicht jetzt, in der Zeit des konstitutionellen Regiments und der verantwortlichen Ministerien bei Besprechung eines angeblichen Bundes, dessen Existenz nicht nur vom Reichskanzler Fürsten Bismarck, sondern auch in Oesterreich von den doch jedenfalls auch genügend informirten leitenden Ministern, so namentlich von Andraffy und neuerdings von Tisza bei Gelegenheit zahlreicher Interpellationen aufs Entschiedenste geleugnet worden sei. Der Bertheidiger schloß mit dem Antrage auf Freisprechung eventuell nochmalige Vernehmung des Fürsten Bismarck und des Herrn Kochmann, und hob namentlich noch hervor, daß derselbe Artikel, welchen die „Deutsche Volkszeitung“ in Hannover der „Waage“ entnommen, auch dort zu einer Anklage Veranlassung gegeben, daß aber das Obergericht in Hannover, welches lediglich eine wissenschaftliche erlaubte Kritik darin fand, auf Freisprechung erkannt habe. Dem gegenüber hielt die Oberstaatsanwaltschaft (Staatsanwalt Frosch) die Anklage aufrecht, einerseits aner-

Derselbe lautet:

„Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, in Ihre Hände meinen Schwur der Dankbarkeit und Treue abzugeben. Ich war besieg, gefangen, gedemüthigt. Sie gaben mir mit meiner Ehre meine militärische Karriere wieder. Sie legten mir einen neuen Degen um und gestatteten mir, an der Spitze einer Armee in die Hauptstadt meines Landes zurückzuführen. Das sind Dienste, die man sein Lebtag durch Ergebenheit nicht hinlänglich zahlen kann. Marschall von Mac Mahon, Herzog von Magenta.“

Eine nette Gesellschaft das! Wie sie vor der Nacht kriechen und wenn sie die Nacht selbst haben, wie brutal sie dann auftreten! Es ist übrigens sehr gut, daß „einer dieser L.“ von dem andern abgethan“ wird.

— „Idiot“ und „Feigling“ — so soll Herr Bonnet-Duverdier, Vorsitzender des Municipalraths von Paris, den berichtigten Marschall Mac Mahon genannt haben. Er erhielt deshalb 15 Monate Gefängniß — dadurch ist übrigens die Wahrheit jener Worte nicht widerlegt worden.

— In Betreff der Aussperrung der Schiffbauarbeiter am Clyde (Schottland) scheinen unsere Befürchtungen nicht grundlos gewesen zu sein. Die Nachrichten, welche die „Industrial Review“ vom 23. Juni bringt, lauten den Arbeitern nicht günstig und lassen kaum mehr auf einen Sieg hoffen; jedenfalls nicht auf einen vollständigen. — Der Streik der Kohlenräber in West-Lancashire, die sich einer Lohnreduktion von 10 pCt. widersetzen, ist insofern in ein neues Stadium getreten, als die Grubenbesitzer das von den Arbeitern vorgeschlagene Schiedsgericht abgelehnt haben. Diese neue Betätigung der Harmonielehre hat insofern die Arbeiter nicht verhindert, den Vorschlag zu wiederholen. Wird er abermals von den Grubenbesitzern abgelehnt, so steht ein sehr hartnäckiger Konflikt bevor, weil die Streikenden, die selber gut organisiert sind, von den übrigen Gewerkschaften Unterstützung erhalten werden. Die „Industrial Review“ enthält bereits einen dahinzielenden Aufruf. — Auch unter den Kohlenräbern von Südwales, deren gewaltige Kämpfe in frischem Gedächtniß sind, gährt es wieder heftig; die Grubenbesitzer haben den mit ihren „Händen“ vereinbarten Tarif-Vertrag gebrochen, und die Arbeiter, welche sich dem nimmermüden, die gegenwärtige Krisis mit grauamer Rücksichtslosigkeit ausbeutenden Kapital nicht auf Gnade oder Ungnade überliefern wollen, sind zum äußersten entschlossen. Noch werden Versuche gemacht, einen friedlichen Ausgleich zu erwirken, allein sie sind ziemlich aussichtslos. — Der Duhende kleinere Streiks, die außerdem im Gang sind oder bevorstehen, erwähnen wir hier nicht. Genug, der Klassen Gegensatz tritt in England immer schärfer hervor, die Geschäftskrisis hat die breite Kluft zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erweitert und mehr und mehr bricht sich unter den Arbeitern die Erkenntniß Bahn, daß nur eine radikale Reform des herrschenden Produktionsystems helfen kann.

— Der Donauübergang ist von den Russen erzwungen, zwar nur in die unwechsame Dobrutschka, doch hätten die Türken sich auch dort besser wehren müssen. Die Verlängerung der strategischen Donaulinie ist übrigens der sogenannte Trojanskwall mit den beiden Endfestungen Rustschische und Tchernawoda, und nicht derjenige Theil der Donau, welcher nach Nordost abbiegt, bei Hirjowa und Raichin vorbeifließt und die Nordwestgrenze der Dobrutschka bildet und von den Russen überschritten ist. Diesen Uebergang für einen besonderen Triumph der russischen Waffen auszusprechen, ist also mindestens verfrüht. — In Asien sind die Türken entschieden im Vortheil; in zwei größeren Gesichten sind die Russen zurückgeworfen worden. Der Aufstand der Bergvölker im Kaukasus nimmt immer größere Dimensionen an, so daß den seitherigen Erfolgen der russischen Waffen völlig die Spitze geboten zu sein scheint. — Montenegro ist durch Suleiman Pascha, einem talentvollen General, fast vollständig niedergeworfen worden, so daß sich bald der Haupttheil der Armee Suleiman Pascha's gegen die Russen wenden kann. — Oesterreich macht zwei Armeekorps mobil; gegen wen? — Das weiß das österreichische Kriegsministerium selbst wohl noch nicht.

— Aus Wien. Am 22. Juni wurde Parteigenosse Reinthal vom Schwurgericht zu sechs Monaten strengen Arrestes verurtheilt.

kennend, daß allerdings, wenn man eine Beleidigung des Dreikaiserbündnisses annehmen wolle, die Existenz desselben nachgewiesen werden müßte, andererseits aber darauf hinweisend, daß doch Fürst Bismarck selbst anerkannt habe, daß sich die drei Kaiser über die Lösung politischer Fragen geeinigt hätten; allerdings sei ein Juristkreuz gestattet gewesen, allein so lange dies nicht geschehen, existirte die Vereinigung. Wenn deren Existenz nun anerkannt werden müsse, so müsse auch anerkannt werden, daß sie beleidigt werden könne. Dies sei hier geschehen, und der Artikel beleidige, obwohl seine Spitze gegen Rußland gerichtet sei, die drei Kaiser, als Mitglieder jener Vereinigung. Der fernere offenkundige Spott und Hohn enthaltende Passus, „Das Drei-Kaiserbündniß sei die großartigste Offenbarung des Jahrhunderts“ vervollständige den Charakter der Beleidigung. Es rechtfertige sich deshalb Befähigung der ersten Sentenz. — Hierauf führte Dr. Guido Weiß noch selbst Folgendes aus: Er hätte mit an das Bündniß geglaubt, sondern nur gewünscht, daß der Offiziösen, die stets mit jenem Bündniß paradirten, auf die Finger geklopft würde. So lange diese das Bündniß betonten, so lang müßte man Oesterreich und das deutsche Reich dafür verantwortlich machen. Ferner, wenn man von „Regierung“ spreche, so könne in einem konstitutionellen Staate darunter nur das Ministerium verstanden werden. Selbst der Kaiser sage bei Kundgebung von Regierungsakten „Rein Ministerium wird das oder das thun“. Nun stehe fest, daß der Kaiser auch in der auswärtigen Politik an das Ministerium gebunden sei. Fürst Bismarck habe dies selbst oft anerkannt. Wohin solle es kommen, wenn sich der Begriff der indirekten Majestätsbeleidigung einfaches? Man könne dann bei Gelegenheit der Kritik der alltäglichen Thatfache, wenn es z. B. heißt: Sr. Majestät haben geruht, den und den zu ernennen, zu verstehen etc. das Gespenst der Majestätsbeleidigung hinter sich austauschen sehen. Wenn solche Gesichtspunkte, wie sie die Anklage entwidete, maßgebend werden sollten, so bedürfte es keines Beweises, daß dann für die gesammte Presse und wissenschaftliche und historische Forschung die Unmöglichkeit einer Kritik gegeben sei. In diesem Sinne hätte sich auch ein berühmter Jurist und Staatsrechtslehrer zu Heidelberg in der „Augsburger Allg. Ztg.“ ausgesprochen. — Redner erinnerte schließlich ebenfalls an die „heilige Allianz“, die von den größten Geschichtsschreibern straflos angegriffen wurde, trotz des Vielesparagraphen und bittet um Freisprechung. Der Gerichtshof er-

Den Genossen zur Nachricht.

Die Beschwerde-Commission ist folgendermaßen zusammen-
gesetzt:

- Franz Holz, erster Vorsitzender,
- Reinhold Friedrichs, zweiter Vorsitzender,
- W. Fried, erster Schriftführer,
- Conrad Holle, zweiter Schriftführer,
- Max Reiser,
- Wilhelm Köhling, } Beisitzer.
- Max Kasche,

Alle an die Beschwerde-Commission gerichteten Briefe u. sind
an die Adresse des ersten Schriftführers W. Fried, Bremen,
Rennenstraße 45, zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruß W. Fried.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir um so lieber
Raum gewähren, da wir die Verdienste des Hrn. Slagau in
Bezug auf Gründungsarbeiten anerkennen. — Väter hat be-
kanntlich nur die Gründer in den konservativen Reihen ange-
griffen, Slagau sagt sie, wo er sie vorfindet. Wir werden in
nächster Nummer im Feuilleton einen interessanten Artikel
Slagau's über „Volkswirthe und Gründer im Parlament“
bringen.

Die oben erwähnte Zuschrift lautet:

„Geehrte Redaktion! Gestatten Sie mir, ein so eben durch die
Zeitungen laufendes Referat über eine mich betreffende Gerichts-
verhandlung folgendermaßen richtig zu stellen, resp. zu ergänzen.

Kaufmann Albert Meyer hier selbst, in meinem Buche: „Der
Börse- und Gründungsschwindel in Berlin“ als Mitbegründer
der „Aktiengesellschaft für Möbeltransport“ genannt, beantragte
deshalb mich wegen „Verleumdung“ zur Untersuchung zu ziehen,
wurde von der Staatsanwaltschaft abgewiesen und strengte dann
die Privatklage an. Ich trat den Beweis der Wahrheit an, aber
der Injurienrichter des hiesigen Stadtgerichts lehnte denselben
als unerheblich ab und verurtheilte mich zu 150 Mark Geld-
busse eventuell 14 Tage Gefängnis. Der „Berliner Börse-
Courier“ meldete damals, das Urtheil laute auf 1000 Mark,
und andere Blätter hatten die Freundlichkeit, mir mehrere
Wochen Haft unter Ausschlag der Geldbusse zuzuerkennen. Ich
stellte nun gegen Meyer den Strafantrag wegen wissenschaftlich
falscher Denunciation, und in der Appellationsinstanz wurde
dieselbe Verurtheilung bestätigt, erwiesen, daß Meyer
thatsächlich Mitbegründer der obengenannten Gesellschaft ist und
daß ich von ihm nur geschrieben habe, was altemäßig ist.
Trotzdem fand das hiesige Kammergericht wegen gewisser, ganz
allgemeiner Bemerkungen über den Charakter und die Manipu-
lationen der Gründer der obengenannten Gesellschaft ist und
verurtheilte mich zu 30 Mark Geldbusse eventuell 3 Tagen Haft.
Wenn etliche Zeitungen, darunter wieder der „Börse-Courier“,
berichten, ich habe meine Kritik der Gründungen als eine „hu-
moristische“ (!!) zu entschuldigen versucht, so beruht dies
auf einem „humoristischen“ Miß- oder eigentlich Nichtverständ-
niß meiner Ausführungen. Selbstverständlich werde ich gegen
die, wie mir scheint, hochbedenkliche und auch wohl schwerlich
aufrecht zu erhaltende Entscheidung des Kammergerichts die Nicht-
tätigkeitsbeschwerde einlegen. Es ist dies übrigens meine zweite
Berurtheilung wegen formeller Beleidigung der Gründer; eine
thatsächliche Unrichtigkeit dagegen hat mir noch nicht nachge-
wiesen werden können. Wie die Staatsanwaltschaft mir mit-
theilt, ruht das Strafverfahren wegen wissenschaftlich falscher De-
nunciation gegen Albert Meyer bis zum rechtskräftigen Abschluß
des gegenwärtigen Injurienprozesses.

Berlin, 21. Juni 1877.

Otto Slagau.“

Aus Ostpreußen.

Nachdem ich das neue deutsche Reich bereist habe, ergreift mich
das Verlangen, den ersten Anlauf desselben, die erste Zelle in
unserem heutigen germanischen Staatengebäude etwas genauer zu
analysiren, seine kleineren Theile genauer kennen zu lernen. Ich
hatte stets für diese Geburtsstätte unseres Preußen-Deutschlands
gar besondere Neigungen, ohne mir erklären zu können, was
diese Neigungen in mir hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, ob
die Marienburger Rittersburg oder die alte Krönungsstätte der
Hohenzollern mich so mächtig anzog; bin ich doch weder dem
Christenthum noch dem Casarenthum mit besonderer Liebe zu-
gethan. Aber merkwürdig ist es, daß weder die Stätte, wo
unser Rittersorden und die heilige Religion und sich die aller-
erblicklichsten Erdengüter erkämpft haben, noch die Stätte, wo

Friedrich Wilhelm I. seine besondere Wißsamkeit entfaltete, irgend
welche Spuren geistiger Gewertheil aufzuweisen hat. Die Volks-
bildung der Marienburger und Braunsburger Umgegend liegt
sehr darnieder. Der einseitige Erziehungsmodus der Schule und
der ultramontane Geist der Presse machen das Aufkeimen eines
freien Gedankens zur Unmöglichkeit; denn was sich aus der Ge-
walt des Ersten befreit hat wird von Letzterem schonungslos
niedergerissen. Es thut einem wahrhaft das Herz weh beim An-
blicke dieser guten arbeitssamen ermländischen Bevölkerung. Es
kennt nichts anderes als den Pflug und das Gerlag- oder Gebet-
büchlein, Schenke und Kirche. Von einem selbstständigen Denken,
von einem Auffassen der eigenen unverfälschten und unerträg-
lichen Lage kann keine Rede sein, und so lebt man nur in den
Tag hinein. Aber auch mit den „lithauischen Kindern“, die dem
„Vater Lithauens“, Friedrich Wilhelm I., dem Gründer der
strengen Ordnung des Heeres und der Finanzen in Preußen, vor
dem Regierungsgebäude in Gumbinnen ein Denkmal errichteten,
auch mit ihnen freilich nicht besser als mit ihren erwähnten Nach-
barn. Ostpreußen, Masurien und Lithauen sind mit ihrer Ent-
wickelung einige Decennien zurückgeblieben. Von Natur und
Klima nur auf den Ackerbau angewiesen, steht die einheimische
Industrie auf einem sehr niedrigen Entwicklungsstadium, keine
bedeutenden Fabriken und infolgedessen keine Ansammlung von
Arbeitskräften auf bestimmten Plätzen, die Bevölkerung ist auf dem
Lande und in den Provinzialstädten vertheilt und zerstreut; die
Schulen sind selten, die vorhandenen mit wenigen Kräften ver-
sehen, denn die Gemeinden sind arm, und die Regierung braucht
das Geld für nützlichere Zwecke als da sind Volksbildung und
Jugenderziehung.

In dem ganzen ostpreussischen Gebiete machen nur zwei Städte,
Königsberg und Memel, in Bezug auf die Concentration der
Arbeiterbevölkerung eine glückliche Ausnahme. Erstere umweilt
der Pregelarm in dem „frischen Haß“, letztere umweilt des
Zusammenflusses des „kurischen Haß“ mit der Ostsee, dazu die
Nähe Polens, der Kornkammer des russischen Reiches, sind die
größten Handelsstädte der Provinz. Die kaufmännische Bevöl-
kerung lebt zu jeder Zeit in guten Verhältnissen. Bald ist dieser
bald jener Geschäftszweig in blühendem Zustande. Wie von
einem Insektensturm wird er von jenen belagert und bis auf
den letzten Tropfen ausgefressen. Der kleinere Beamten- und
Handwerkerstand, soweit letzterer aus selbstständigen Meistern
besteht, ist schon mehr den Wechselfällen der Zeitumstände aus-
gesetzt. Aber trotzdem pocht man noch auf die eigene Selbst-
ständigkeit, loquirt mit der Bourgeoisie, und scheint auf den
Namen „Preuße“ sehr stolz zu sein. Von einem Auffassen des
politischen und sozialen Stands, selbst von einem ernstlichen Nach-
denken über dasselbe kann keine Rede sein, geschweige denn von
einem Nachdenken über die Mittel zur Beseitigung des-
selben. Der Königsberger Bourgeois hat höchstens den
Muth, hinter dem Ofen seinen Unmuth über die Wirtschaft
seiner Stadtväter auszupfeifen, sich über seine schlechte
Kanalisationseinrichtung bei seiner Frau zu beklagen: denn in
der That mußte er für jeden Schluß reinen Wassers sein
sauer und mühsam erworbenes Geld im Voraus abgeben. Dafür
hat er aber das Recht auf dem Damm der „Neuen Dammgasse“
die Kanalarbeiten massenhaft aufgespeichert zu sehen. Auf die
Nothwendigkeit von Bedürfnis-Anstalten in den belebtesten Ge-
bieten der Stadt sind die Stadtväter erst jetzt gekommen, denn seit
ein paar Wochen wird an deren Herstellung gearbeitet. Solche
Dinge werden von einem jeden empfunden, mag er die Reizung
haben, seine Vorgesetzten zu kritisiren oder nicht. Sie werden
empfohlen, obwohl die serpile Presse, und eine andere giebt es
leider da nicht, sich die größte Mühe giebt, die Sachen einfach
totzuschweigen. Der unselbständige Handwerkerstand und die
sogenannten Tagelöhner, die haben, Dank der Jugenderziehung
Ostpreußens, auch dazu nicht den Muth, ja vielleicht gar nicht
die nöthige Erkenntniß der Miswirtschaft. Diese sind größtent-
heils vom Lande und den Provinzialstädten nach den Haupt-
und Handelsstädten herübergekommen, um ihre Arbeitskraft
schneller verkaufen zu können. Der Lohn ist im Allgemeinen
sehr gering abgemessen, dazu noch die Unbeständigkeit der Arbeit.

Daß die Sachen anders werden müssen und auch anders
werden können, wenn das Volk nur den nöthigen Willen dazu
haben wird mit eigener Hand seine Lage zu verbessern — auf
diesem Gedanken können die lange Unterdrückten selber nicht
kommen. Hätten wir hier nur mehr Männer, die das Evan-
gelium des Sozialismus zu verkünden im Stande und gewillt
wären. Aus den untersten Schichten haben bis jetzt nur Wenige
sich irgendwie hervorgethan. In manchen Köpfen der von den
höheren Schichten stammenden Demokraten geht es noch hant

Der Begleiterschein enthält folgende noch schönere Zuschrift:
„Abender: Halencleber, Reichstagsabgeordneter, Classenstr. 14.
Hier bekommt Ihr die Geschichte zurück. Seid doch aber ver-
ständig und bringt solidere Sachen an, geht nach Frig, Klempner,
Hofstr. 13. Was nicht convenient, bitte weiter zu schicken, p. B.
Hofstraße 15, 16, 8 u. f. w. und irgendwo. Mit bestem Gruß
und brüderlichem Kuß (nicht ganz wörtlich, da die Kuß gleich
weiter geschickt werden mußte).“

Da es nun nicht ganz klar ist, in welchem Zusammenhang
Ihr Reichstagsmandat mit der Zurücksendung abgebrochener
Thürknöpfe und unabgebrochener, als Beigabe mitgeschick-
ter Wurstreste u. dgl. stehen soll, bitten wir Sie, uns umgehend
zu erklären, ob etwa wenigstens Ihre Person damit in irgend
welcher Verbindung steht oder ob es sich in der Angabe: Aben-
der: Halencleber, Reichstagsabgeordneter nicht vielmehr um einen Miß-
brauch Ihres in letzter Zeit so oft gemißbrauchten Namens handelt.
In der Hoffnung, daß Sie es baldmöglichst, wie es ja in Ihrem
wie in unserem Interesse liegt, durch Ihre Antwort diese merkwür-
dige Geschichte aufklären werden

(folgt der Name).“

Merkwürdig ist übrigens an der Geschichte nichts weiter, als
obiger Brief, der von Halencleber Aufklärung über „diese merkwürdige
Geschichte“ verlangt. Halencleber, der zuerst im Zweifel war, ob er überhaupt
Antwort geben sollte, hat an den Briefschreiber nun folgenden Brief
geschickt:

„Leipzig, 25. Juni 1877.“

Geehrter Herr!

Mit großer Verwunderung habe ich Ihr Schreiben gelesen, welches
mir von Berlin nach Leipzig, woselbst ich meinen Wohnsitz habe, nach-
geschickt worden ist. Ich kann nicht wissen, welche Motive Sie bei Ab-
sendung des Schreibens geleitet haben, deshalb halte ich auch mit mei-
nen Bemerkungen zurück. Daß ich Ihr Schreiben aber im „Vorwärts“
zum Abdruck bringe, das können Sie mir nicht verdenken, da dasselbe
einen höchst merkwürdigen Beitrag zu dem Urtheil der bespotteten
Kreise über die bekannten Persönlichkeiten in der sozialistischen Bewegung
bildet. Daß ein solches Urtheil aber nothwendig in diesen Kreisen sich
schleppen muß, daran ist hauptsächlich die herrschende Presse schuld; dann
aber auch tragen die brutalen Auslassungen der verschiedensten Sozia-
listenverfolger dazu bei. Mit der Versicherung, daß ich nur Verwun-
derung und Feinerlei Karger bei dem Lesen Ihres Briefes gehabt habe,
zeichne ich achtungsvoll

Wils. Halencleber.“

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“, welches auch die obige Notiz:
„Berliner Spitzbubenhumor“ den liberalen Zeitungen nachgedruckt hat,
macht dazu folgende Bemerkungen:

„Man weiß nun, daß die Leute, welche bei Nacht die Klopfen ab-

durcheinander. Zu einer klaren Auffassung des Sozialismus sind
sie auch noch nicht gekommen. Ueberhaupt fehlt hier das zün-
dende Wort der Agitation, die freie unabhängige Presse, und das
gesellige Zusammenkommen der Genossen. Durch eine „Königs-
berger freie Presse“, wie ich in Königsberg erfahren habe, soll
einem der genannten Uebel abgeholfen werden. Welche Persön-
lichkeit die Redaktion des Blattes übernehmen wird ist mir unbe-
kannt, aber es wäre als ein Glück für den Sozialismus zu be-
trachten, wenn der Redakteur die agitatorische und organisatorische
Fähigkeit besitzen würde. Ja, wie es mir scheint, kann das Unter-
nehmen, in K. ein sozialistisches Blatt zu gründen, nur dann
gelingen, und für die Partei wie für die Provinz segensreich
wirken, wenn das agitatorische Wort in der Versammlung dem
Volke die Unentbehrlichkeit einer freien Volkspresse nachweist.
Auf die inneren Kräfte ist nicht zu rechnen — das hat die Er-
fahrung gelehrt, und welche Wirkungen die Vorträge von Bebel,
Kost, Radow und Krüder hervorbrachten, kann derjenige schätzen,
welcher das Königsberg von vor einem Jahre mit dem heutigen
vergleicht, und die große Minorität betrachtet, welche bei der
Wahl für Herrn Bebel nach zwei Volksversammlungen gewonnen
wurden. Der „Vorwärts“, die „Neue Welt“ und die „Berliner
freie Presse“ werden fleißig gelesen, aber einstweilen nur in
Familien oder in der Conditorei des Herrn Kallman, in den
übrigen Wirthschaftslokalen hingegen sind unsere Blätter noch nicht
zu finden. Diesem Uebel kann nur eine fleißig anhaltende Agi-
tation abhelfen. Hauptsächlich muß die Agitation unter den
selbstständigeren Kleinmeistern kräftig betrieben werden, sie dem
Wahne, sie werden stets ihre Freiheit dem Kapital gegenüber
behaupten können, und daß nur die jetzige Geschäftskrise ihr augen-
blickliches Glend verschuldet hat, zu entreißen, denn nur dieser
Stand giebt in hiesiger Gegend den Ausschlag. Daß ich mit
diesen Worten nicht sagen will, daß auf den bereits abhängigen
Arbeiterstand und die Tagelöhner weniger zu wirken sei, ist wohl
selbstverständlich. Nur ist dort eine verstärkte und doppelte
Anstrengung erforderlich, weil viele Vorurtheile zu überwinden sind,
weil man den Leuten zuerst das Bewußtsein ihrer Ohnmacht
dem Kapital gegenüber beibringen, sie aus dem hundertjährigen
Schlafe erst aufwecken muß, um ihnen die umfängliche Gefahr
ihrer Existenz zu zeigen, während wir bei den eigentlichen Pro-
letariern, Dank den Ausbeutern aller Art, diese Mühe ersparen.
Hat ja die Königsberger Arbeiterchaft — wenn ich nicht irre war
es vor zwei Jahren — eines Tages den Versuch gemacht, sich ihr
Stückchen Brot zu erkämpfen. Daß diese Revolte dasselbe
Ende nahm wie die zur selben Zeit in Königshütte in Ober-
schlesien, nämlich die noch größere Unterdrückung des Proleta-
riats ist bei den heutigen Zuständen ganz natürlich. Daß die
Arbeiter Königsbergs wie die aus Königshütte die bösen Folgen
ihrer That nicht voraussehen, kommt daher, weil sie keine Sozia-
listen sind. Diesen Umstand sollte sich ganz besonders die Bour-
geoisie merken, die gewohnt ist, jeden Straßentumult der
Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben.

Am Montag, den 18., gerade am selbigen Tage, wo unsere
Berliner Genossen auf dem Wahl-Schlachtfelde muthig gekämpft
haben, enthielte die Königsberger Bourgeoisie ein Kriegergedächtnis,
angeblich zum Andenken an die Söhne des Proletariats, die im
Kriege gefallen sind, in Wahrheit aber dienen solche Kundgebungen
nur zur Verherrlichung des Krieges. Ich glaube Ihren Vatern
damit nicht viel zu nützen, wenn ich ihnen die Feierlichkeit schil-
dern sollte und somit genüge diese kurze Notiz. R-z.

Correspondenzen.

Hamburg, 21. Juni. Durch die liberale Presse geht fol-
gende Notiz: „Der durch den Arnim'schen Prozeß bekannt ge-
wordene Rechtsanwalt Mundel aus Berlin jungirte gestern
vor dem hiesigen Strafgericht als Verteidiger des Sohnes des
verstorbenen Besitzers der „Reform“, Eugen Richter. Es han-
delte sich wieder einmal um einen Injurienprozeß seines Schwa-
gers Dr. Banks, der jetzt Besitzer des genannten Blattes ist,
wie um eine Anklage gegen die hiesige „Tribüne“, welche eine
beleidigende Annonce gegen Banks aufgenommen hatte. Die
Sache kam jedoch nicht zur vollständigen Verhandlung, da die
nach Berlin gesandten Akten nicht zurückgeschickt worden waren.
Wann werden endlich diese widerwärtigen Familienprozesse auf-
hören? — Auf diese Frage können wir den liberalen Blättern
Antwort ertheilen: Die „widerwärtigen Familienprozesse“ wer-
den aufhören, wenn in der herrschenden Gesellschaft die Aus-
beutung, die Unterdrückung und das frevelhafte Konkurrenzspiel
um das Mein und Dein aufhört — in einer sozialistischen Ge-
sellschaft gehören solche „widerwärtige Prozesse“ zu den Un-

reihen, die Aushängebilder der Geschäfte wegnehmen und die Laternen
einwerfen, durchaus keine gewerbsmäßigen Diebe sind. Bekanntlich läßt
sich die gebildete Jugend in solchem „Mit“ und pflegt sich solche „Witz-
ze“ zu erlauben, die auch von den „anständigen“ Leuten stillschweigend ge-
billigt, ja sogar als „burleske“ Streiche bewundert werden. Es wird
wohl irgend eine angeheiterte Bande von Liberalen oder
Fortschrittler gewesen sein, die das Ganze arrangirt hat, um
nur den Namen eines Sozialisten auf das Paket setzen zu können. Der
„Humor“ ist zwar recht traurig, aber ganz richtig von der liberalen
Presse bezeichnet als — Spitzbuben-Humor.“
Wenn der Briefschreiber diesen Artikel gelesen haben wird,
so wird er gewiß noch immer den Kopf schütteln und sagen: „Merkwür-
dige Geschichte“ — doch immer bleibt das Merkwürdigste an der
Geschichte: der Brief dieses Herrn.

— Wahlankedote. Die „Germania“ erzählt: Am Donnerstag,
dem Wahltag Halencleber's, hatte sich Abends das Gerücht verbreitet,
Löwe habe über Halencleber geseigt. Ein Restaurateur in der Inva-
lidenstraße gab seiner Bezeugung über dieses vermeintliche Ergebnis
durch folgenden, an seine Volksthat gemalten Redus Ausdruck: Er
malte einen Löwen neben drei Kleeblätter; über beides sprang mit
fühlendem Saß ein Löwe hinweg. Die Herrlichkeit dauerte bis gegen 10
Uhr. Als dann das offizielle Resultat diese Reduschrift desavouirte,
nahm der Herr Wirth einen Lappen und wuschte unter dem Gelächter
der Gäste, darunter einige sozialistische Abgeordnete und, irren wir
nicht, auch Halencleber selbst, sein schönes Bild wieder weg.

— Die Unverschämtheit des „Leipziger Tageblatts“ geht
doch über die Huthür. Das Klaffblatt schreibt nämlich: „Nach
dem Wahltag Halencleber's, hatte sich Abends das Gerücht verbreitet,
Löwe habe über Halencleber geseigt. Ein Restaurateur in der Inva-
lidensstraße gab seiner Bezeugung über dieses vermeintliche Ergebnis
durch folgenden, an seine Volksthat gemalten Redus Ausdruck: Er
malte einen Löwen neben drei Kleeblätter; über beides sprang mit
fühlendem Saß ein Löwe hinweg. Die Herrlichkeit dauerte bis gegen 10
Uhr. Als dann das offizielle Resultat diese Reduschrift desavouirte,
nahm der Herr Wirth einen Lappen und wuschte unter dem Gelächter
der Gäste, darunter einige sozialistische Abgeordnete und, irren wir
nicht, auch Halencleber selbst, sein schönes Bild wieder weg.“

Eine „merkwürdige Geschichte“.

Nachfolgende Feuilleton-Notiz wollten wir zuerst ohne weitere Be-
merkung zum Ergötzen unserer Leser bringen:

— Berliner Spitzbubenhumor. In einer der letzten Nächte
wurden, wie die „Tribüne“ erzählt, in der Hofstraße von mehreren
Häusern die Klopfen, metallenen Knöpfe und sonstiger Zierrath an den
Thürwegen gestohlen. Nachdem sich das allseitige Erschrecken der be-
treffenden Hausbesitzer darüber gelegt hatte, erhielt Tags darauf ein
davon ebenfalls betroffener Banquier ein Postpaket unfrankirt mit etwa
folgendem Aufschriften auf der Postpaket-Adresse: „Ich sende Ihnen
anbei das Zeug wieder zurück, es ist ja ganz gemein und will mir
Niemand dafür etwas geben. Seien Sie so gut und geben Sie den
Anderen auch das Ihrige wieder. Eins oder möchte ich Ihnen sagen,
daß Sie an Ihren Häusern, als der Finanz-Aristokratie gchörig, doch
feinere und werthvollere Sachen an den Thürwegen haben könnten.
Sollten Sie nicht wissen, wo Derartiges zu beziehen, so kann ich Ihnen
die Firma des Klempnermeisters *** in der ***straße empfehlen. Mit
brüderlichem Gruß und Kuß Ihr.“ (folgt der Name eines sozial-
demokratischen Abgeordneten.) Das Paket und die Postpaket-
Adresse ist der Postzeit übergeben worden.

Als diese Notiz schon gedruckt war, erhielt Halencleber nachfolgen-
den Brief:

„Berlin, 17. Juni 1877.“

Geehrter Herr!

Nachdem vor ungefähr drei Tagen an verschiedenen Häusern der
Hofstraße, darunter auch an unserem, die Thürknöpfe, Schieber des
Bereins gegen Verarmung und Bettel u. dgl. abgebrochen worden
waren, erhalten wir heute Morgen eine an D. Vesting, Hofstraße 17,
adressirte Cigarrenschachtel a. D., welche die abgebrochenen Sachen ent-
hält. Dieselbe trägt auf ihrem Deckel die folgende schöne Bleistift-
inschrift:

„Wählt Halencleber! Richt lachen und kein dummes Gesicht machen!“

möglichkeiten. — In unserer Stadt will man den Weinfässern auf der Spur sein — den Champagner macht man hier nämlich aus Rhabarberpulver. — Der liberale Wahlverein, der angeblich 10,000 Mitglieder zählt, hat sich hier vor einigen Tagen konstituiert — in die Versammlung desselben kommen einige 100 Personen, binnen Jahresfrist werden die 10,000 auf zehn Mitglieder „heruntergekommen“ sein. Es wird eben viel Geschrei gemacht und es ist wenig Wolle da.

Stras, Kreis Essen. So lange es eine sozialistische Bewegung giebt, ist hier keine Versammlung abgehalten worden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir kein Versammlungsort erhalten konnten. Endlich aber hat die schlechte Zeit, in Gemeinschaft mit den sehr erhöhten Steuern, die Herzen der Gastwirthe erweicht, so daß wir am 10. Juni eine Versammlung abhalten konnten, in welcher Genosse Strumpfen unter großem Beifall der zahlreich besuchten Versammlung als Referent auftrat. Der Bürgermeister unseres Ortes wollte anfänglich zwar allerlei Einwendungen gegen die Abhaltung der Versammlung machen, aber ich wich nicht von der Stelle, bis ich die bewußte Bescheinigung in der Tasche hatte. Und so wäre denn auch hier der erste Schritt zur Einführung des Sozialismus gethan; möge nur recht bald ein weiterer Redner eintreffen, damit auch für die Dauer etwas geschaffen wird.

J. Schröter.
Annaberg-Buchholz, 21. Juni. Endlich ist der Bann gelöst, der auf unserem Orte lastete. Was noch im vorigen Jahre für unmöglich gehalten wurde, das ist am vergangenen Sonnabend in Buchholz geschehen. Dasselbst tagte eine zahlreich besuchte Volksversammlung, die ohne alle Störung verlief. Und wer hat dies zu Wege gebracht? Die öffentliche Meinung ist es gewesen. Wer sich an die Vorgänge im vergangenen Jahre erinnern kann, wird wissen, daß eine Anzahl unserer Versammlungen stets gesprengt wurden, daß in Buchholz die erste Versammlung durch Pfeifen, Brüllen u. s. w. unmöglich gemacht worden ist. Woher dieser Umschwung der Gesinnung? Die Verachtung, welche die Ständemacher fühlen mußten, war derart, daß, sobald einer der bekannten Ruhestörer sich irgendwo blicken ließ, er unter dem Urtheil der öffentlichen Meinung zu leiden hatte. Wollte ein solcher Knäuelgardist irgendwo ein Glas Bier trinken und nahm an einer Wirthstafel Platz, so erhoben sich die Anwesenden und ließen den Ruhestörer allein. Die kritischen Bemerkungen, welche der einsame Forscher zu hören bekam, veranlaßten diesen, bald das Weite zu suchen. Es dauerte nicht lange, so war den Hauptkraftehlern alle Lust genommen, sich im Kreise froher Menschen zu bewegen. Die Arbeiter der Adler'schen Fabrik wurden durch ihre unserer Sache ergebenen Kollegen bestimmt, sich nicht mehr zum Sprengen der Versammlungen gebrauchen zu lassen. Wie ich erfahren, hatte der Lithograph Kleine die Absicht gegeben, der Versammlung zur schnellen Schließung zu verhelfen. Aber alle Arbeiter der Adler'schen Fabrik, an die er sich, um Unterstützung seines Vorhabens wandte, lehnten dies ab. Das Urtheil der öffentlichen Meinung galt ihnen mehr, als der Wille ihres Vorgesetzten. Dies trat am deutlichsten in der Versammlung vom Sonnabend hervor. Bei der Bureauwahl stimmten selbst die Liberalen und Conservativen für unsere Candidaten, um von vornherein zu dokumentiren, daß sie mit Kleine und seinen Freunden nichts zu thun haben wollten. So brachte bei der Gegenprobe trotz ermunternder Juruse Herr Kleine es auf ganze drei Stimmen. Wiemer konnte ungestört in zweistündiger Rede sein Thema entwickeln und der allseitige Beifall bewies, daß bei den Bewohnern von Buchholz, die ohnedies am 10. Januar durch 178 Stimmen für Wiemer ihr Einverständnis mit der Sozialdemokratie bekundeten, die Lehre derselben volle Anerkennung fand. Da ergriff Herr Kleine das Wort und stürmische Gelächter belohnte den Tapfern für seine Leistungen. Noch einmal versuchte Herr Kleine in einer Versammlung der Adler'schen Arbeiter zu sagen: „Dah, wenn er Rednern wie Wahlreich und Wiemer entgegengetreten solle, seine Kehle wie zugeschnürt sei.“ — Das Versammlungsprengern ist allerdings leichter. Wiemer hatte leichte Nähe, Herrn Kleine zu beweisen, daß der geistige Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht von ihm (Kleine) geführt werden könne. Wiemer verbat sich ausdrücklich von Herrn Kleine, jenen Agitatoren unter dem Regiment eines Rende, z. B. Vask, gleichgestellt zu werden, die vor 8—9 Jahren durch ihr taktloses Auftreten der Sache der Sozialdemokratie stets geschadet haben. Die Hoffnungen der Gegner, „daß die Bevölkerung des oberen Erzgebirges allen Arbeiteraposteln die Wege weise“, ist zu Schanden geworden. Das mag sich auch Herr Sparig in Leipzig gesagt sein lassen, dessen Hebereien es mit zuzuschreiben war, daß hier Scandalacten vorkommen konnten, wie sie wohl an keinem zweiten Ort in Deutschland passirt sind.

An die Schneider Deutschlands!
Der unterzeichnete Vorstand der Mitglieder des Allgem. deutschen Schneidervereins zu Hamburg erlaubt sich, allen Kollegen, besonders den reisenden, bekannt zu machen, daß von der Mitgliedschaft zu Hamburg ein Arbeitsnachweiskureau, verbunden mit Fremdenverkehr, errichtet ist. Dasselbe befindet sich bei Herrn Petershella, Wersir. 17. Indem wir dieses veröffentlichen, möchten wir jedem nach Hamburg reisenden Kollegen empfehlen, nirgend anders wohin zuerst seine Schritte zu lenken, als nach obigem Lokale.
Wie in jeder größeren Stadt der Fremde oft der Gefahr ausgesetzt ist, seine etwaigen Ersparnisse an Gauner einzubüßen, welche ihm vorzuziehen, ihm Arbeit zu verschaffen, so auch hier. Es giebt hier Leute, welche, so lange ein Fremder noch Geld besitzt, dieselben mit der Arbeit warten lassen, bis das Geld verzehret ist. Hat dann der Fremde kein Geld mehr, dann ist es dem sogenannten Arbeitsverächter egal, wo der Arbeiter bleibt. Der Fremde mag dann sein Glück selbst versuchen. Im günstigsten Falle erhält der Oerupte eine Werkstelle, in welcher kein Dirsiger arbeiten mag.
Viele Kollegen leben noch in dem Wahne, auf den sogenannten „Christlichen Herbergen“ billiger und besser als anderwärts zu logiren und glauben dort auch leichter Arbeit zu erhalten. Wir bemerken dazu, daß 1) die Preise, welche jeder Fremde auf unserem Verlehe für Logis, Speisen und Getränke bezahlt, nicht höher sind, als auf obigen „frommen“ Verleheanstalten. Daß 2) die Arbeitgeber Hamburgs so wenig „fromm“ sind, daß sie ihre Arbeiter lieber von unserem Arbeitsnachweiskureau holen, trotzdem daß viele dort verkehrenden Kollegen in dem Genuße stehen, Sozialdemokraten zu sein. Jeder Colleague erhält auf unserem Verlehe freundliche Aufnahme und unentgeltlich Arbeit (soweit solche da ist) nachgewiesen, auch wird jede Auskunft bereitwillig erteilt.
Mit collegialischem Gruß
Der Vorstand
der hiesigen Mitgliedschaft des Allg. deutschen Schneidervereins.
Hamburg.
J. A. D. Mattheay.
NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, Obiges abzufragen.

Aufruf!
Die Kleingewerbetreibenden und Arbeiter Deutschlands, welche sich für die Abschaffung der Zuchthausarbeit interessieren und für eine Pétition in diesem Sinne Unterschriften sammeln wollen, werden ersucht, soweit dies bisher nicht geschehen ist, ihre Adressen an Unterzeichneten

einzuwenden, damit ihnen die über diesen Gegenstand aufgearbeitete Denkschrift, sowie Sammellisten zugesandt werden können. Zugleich werden die Betreffenden ersucht, nach Empfang der in Rede stehenden Sachen die etwa schon gesammelten Beiträge zu den bisher entstandenen Unkosten für Druck u. s. w. hier einzuzahlen. Alle Zuschriften in dieser Angelegenheit, sowie die Rücksendung der ausgefüllten Sammellisten erbitet
Berlin, 23. Juni 1877.
Die Commission:
Aug. Scharlücke, Vorsitzender, Rastauer-Allee 54, Hof 2 Tr., bei Winnen. Bernh. Brühl, Kassier, Koppenstraße 35, Hof 2 Treppen.
NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Den Parteigenossen empfehlen wir die nachstehenden Partei- und Gewerkschaftsblätter zum Abonnement:
„Augsburger Volkswille“, erscheint dreimal wöchentlich in Augsburg. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
„Berliner Freie Presse“, erscheint täglich mit Ausnahme des Montags, Sonntags mit der illustrierten Gratisbeilage die „Neue Welt“, in Berlin. Preis vierteljährlich 4 M.
„Braunschweiger Volksfreund“, erscheint die Woche 6 Mal. Preis pr. Quartal 2 M.
„Bremer Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.
„Bergische Volksstimme“, erscheint wöchentlich sechsmal in Elberfeld. Preis pr. Quartal 2 M. 25 Pf.
„Chemnitzer Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal, kostet pr. Quartal 1 M. 80 Pf.
„Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
„Cölnner Freie Presse“, erscheint wöchentlich 1 Mal. Preis pr. Quartal 1 M. 15 Pf.
„Dresdner Volkszeitung“, erscheint wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
„Die Wahrheit“, erscheint täglich in Breslau. Preis pr. Quartal 3 M.
„Die Fackel“, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.
„Die Neue Welt“, illustriertes Unterhaltungsblatt für das Volk. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf., in Heften (3 Nummern) à 30 Pf.
„Die Wacht“, Organ des arbeitenden Volks für den Wahlkreis Hanau, Bodenheim, Orb und Gelnhausen. Erscheint wöchentlich einmal in Hanau. Preis pr. Quartal 1 M.
„Die Wage“, Wochenblatt für Politik und Literatur. Herausgegeben von Dr. Guido Weiß. Erscheint wöchentlich einmal in Berlin. Preis vierteljährlich 4 M. 50 Pf.
„Duisburger Freie Zeitung“, erscheint wöchentlich dreimal. Preis vierteljährlich 1 M. 75 Pf.
„Frankfurter Volksfreund“, erscheint wöchentlich dreimal in Frankfurt a. M. Preis pr. Quartal 2 M.
„Glauchauer Nachrichten“, Volksblatt für Stadt und Land. Erscheint wöchentlich sechsmal in Glauchau. Preis pr. Quartal 1 M. 50 Pf.
„Hagener Volksfreund“, erscheint wöchentlich dreimal in Hagen.
„Hamburg-Altonaer Volksblatt“, erscheint in Hamburg. Preis pr. Quartal 2 M. 40 Pf.
„Halberstädter Freie Presse“, erscheint wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 75 Pf.
„Magdeburger Freie Presse“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 2 M. 50 Pf.
„Märkische Volksfreund“, erscheint wöchentlich dreimal in Berlin. Preis pr. Quartal 90 Pf.
„Medlenburgischer Arbeiterfreund“, erscheint in Rostock wöchentlich einmal. Preis pr. Quartal 90 Pf.
„Nürnberg-Fürther Sozial-Demokrat“, erscheint in Nürnberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.
„Neue Offenbacher Zeitung“, erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage in Offenbach. Preis vierteljährlich 2 M. 50 Pf.
„Neue Wormser Zeitung“, erscheint wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quart. 1.40.
„Nithüringisches Volksblatt“, erscheint wöchentlich einmal in Gera. Preis pr. Quartal 1 M.
„Stettiner freie Zeitung“, erscheint wöchentlich dreimal.
„Süddeutsche Volkszeitung“, erscheint wöchentlich zweimal in Stuttgart. Preis pr. Quartal 1 M. 10 Pf.
„Rothe Fahne“, erscheint wöchentlich einmal in Barmen. Preis pr. Quartal 50 Pf.
„Thüringer Freie Presse“, Organ des arbeitenden Volks in Thüringen. Erscheint an jedem Sonntag in Apolda. Preis vierteljährlich 75 Pf.
„Volksfreund“, erscheint in Callenberg wöchentlich dreimal. Preis pr. Quartal 1 M.
„Westfälische Freie Presse“, erscheint in Dortmund. Preis pr. Quartal 1 M. 25 Pf.
„Wärzburger Volksfreund“, erscheint wöchentlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 M.
„Zeitgeist“, erscheint in München wöchentlich sechsmal. Preis pr. Quartal 1 M. 30 Pf.
„Arbeiterstimme“, Organ und Eigenthum der soz. demokr. Arbeiterpartei Nordamerikas, erscheint wöchentlich einmal in Newyork. Preis pr. Quartal 1 M. 60 Pf.
„Arbeiterfreund“, erscheint am 2. und 4. Sonnabend eines jeden Monats in Reichenberg. Preis 50 kr. östr. = 1 M.
„Arbeiter-Wochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter, erscheint in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pr. Quartal 60 kr. östr. = 1 M. 20 Pf.
„Der Arbeiter in Ohio“, erscheint in Cincinnati (Amerika).
„Der Socialist“, erscheint täglich in Milwaukee in Amerika. Preis pr. Jahr 5 Doll.
„Die Tagwacht“, Organ des schweizerischen Arbeiterbundes; erscheint wöchentlich zweimal in Jürich. Preis pr. Quartal 1 M. 40 Pf.
„Volkszeitung“, erscheint täglich in Chicago (Amerika).
„Gleichheit“, Organ der Arbeiterpartei in Oesterreich, erscheint wöchentlich einmal in Wiener-Neustadt. Preis pr. Quartal 75 kr. östr. = 1 M. 50 Pf.
„Borbote“, Organ der Arbeiterpartei für Stadt und Land, erscheint jeden Sonnabend in Chicago (Nordamerika). Preis pr. Jahr 2 Doll.
„Allgemeine Buchbinderzeitung“, Organ des Verbandes für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige. Erscheint wöchentlich einmal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M.
„Allgemeine Tapezirerzeitung“, Organ der Tapezirer und Fadgenossen. Erscheint alle 14 Tage in Berlin. Preis pr. Quartal 50 Pf.
„Correspondent“, Organ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer, erscheint wöchentlich dreimal in Leipzig. Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pf.
„Der Botschafter“, Organ für die Mitglieder des Deutschen

Tabakarbeitervereins. Erscheint alle 8 Tage in Berlin und kostet vierteljährlich 50 Pf.
„Der Bund“, Organ der Tischler und verwandten Berufsgenossen. Erscheint wöchentlich einmal in Hamburg. Preis pr. Quartal 1 M.
„Der Fortschritt“, Organ des Allgem. deutschen Schneidervereins, erscheint jeden Sonnabend in Leipzig. Preis pr. Quartal 50 Pf.
„Der Genossenschaftler“, Organ des Gewerksvereins der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Gewerke, erscheint wöchentlich einmal in Schw. Schmied. Preis pr. Quartal 1 M.
„Der Gewerkschafter“, Organ für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter Oesterreichs. Erscheint monatlich zweimal in Wien. Preis pr. Quartal 90 Pf.
„Der Weber“, Organ für die Schuhmacher Deutschlands, erscheint jeden Sonnabend in Gotha. Preis vierteljährlich 50 Pf.
„Das Banner“, Organ der deutschen Metallarbeiter, erscheint wöchentlich einmal in Braunschweig und kostet pr. Quartal 50 Pf.
„Der Correspondent“, Organ der Gutmacher, erscheint in Leipzig dreimal monatlich und kostet pr. Quartal 60 Pf.
„Grundstein“, Organ der deutschen Bauhandwerker, erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis vierteljährlich 45 Pf.
„Pionier“, Organ für die deutschen Zimmerleute und für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungs-Verbandes. Erscheint monatlich zweimal in Hamburg. Preis vierteljährlich 1 M. 20 Pf.

Briefkasten
der Redaktion. „Vöhrmer's Herzengrund“: Wir sehen Ihren Einwendungen mit Vergnügen entgegen. — R. — in R.: Ihr Artikel befindet sich in der heutigen Nummer; weitere Artikel erwünscht. — „Peter Sempel“ in S.: Wir lesen Ihre Briefe gern; findet sich etwas in denselben, so verwerthen wir es für den „Vorwärts“. — G. E. in B.: Ihr Vorschlag ist ja ganz gut — nur nicht ausführbar. Sie scheinen nicht zu wissen, daß in Preußen alle politischen (auch sozialen) Vereine verboten werden, welche sich mit andern zu gleichen Zwecken in Verbindung setzen. Sind diese „andern Vereine“ noch dazu ausländische, so trifft dieses Verbot auch auf das übrige Deutschland zu. In Frankreich aber ist die Sache noch schlimmer. Broglie und Leougarde (Leffendorff) würden den Versuch mit Freunden begründen. — der Expedition. Korbmacherbund Hamburg: Mit heutiger Annonce schaden Sie 60 Pf.
Luitung. F. Rnz Wien Ab. 10.00. Post Drohobjey Ab. 4.04. Hems Elberfeld Ab. 5.00. S. Schmidt München Ab. 6.00. Kautzer Hof Ab. 16.20. Br. Bodenheim Ab. 7.40. Bahr Odtingen Schr. 7.98. Hsch Stuttgart Ab. 5.00. Kppf Schwarzendach Ab. 6.40. Witt Altona Ab. 20.00. Hsch Frankfurt Ab. 8.60. Ulrich hier Ab. 25.00. Lgs Hannover Ann. 9.70. Mähr Berlin Ab. 1.25. Bund der Tischler Hannover Ann. 2.10. W. Krausstadt 2.70. Tll Reidenburg Schr. 10.00. Kpp La Sague Ab. 2.10. Hoffmann Alstedt Ab. 1.80. Gew.-Ver. der Holzarb. Graz Ab. 3.21. Andriß Regen Ab. 1.61. E. Schmidt Admerstadt Ab. 24.10. Hsch Sonnenw. Ab. 27.50. Schr. 2.60. Br Drohobjey Ab. 4.80. Brdm Gotha Ab. 8.60. Schr. 0.25. Orbg Siegen Ab. 4.00. Schr. 3.31. F. W. R. Elm Ab. 2.80.

Meine Adresse ist jetzt Bornsted, Stöckerstraße 11. Bis zum 1. September bin ich geneigt, rhetorische Vorträge zum Besten der Parlamentswahlkasse zu halten. H. Weber-Gordon.

Otto Sobietz in Dessau Friedhof-Sir. wünscht die Adresse des Vorsitzenden des deutschen Kämpfersvereins in Hamburg zu wissen.

Agitationsfonds.
S. St. Volkmarzdorf 1.00.
Fond für Gemahregelte.
S. St. Volkmarzdorf 1.00. Versammlung der Steinmeyer 4.63. S. Lehrer X. 1.00. Dr. med. W. 10.00. Scatpiel 2.14 t. W. J. R. 3.00.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein.
Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8 Uhr im Vereinslokale, Mittelstraße Nr. 11:
(S. 163) 70
Öffentliche Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag von Hrn. Kaiser über die Geschäftslage und die Lage des Arbeiterstandes. Der Vorstand.

Hannover. Sonntag, den 1. Juli, Abends 5 Uhr, in Winkler's Hotel (Niedergardamm) und arrangirt von den Mitgliedern des „Bundes der Tischler u. verw. Berufsgenossen“:
Abendunterhaltung und Tanzergnügen.
Freunde unserer Sache u. Kollegen werden freundlichst eingeladen und können durch Mitglieder eingeführt werden. Herrenkarte 30 Pf., Damenkarte 15 Pf. (S. 160) Das Comité. [2.16]

Hamburg. Mitglieder-Versammlung des Korbmacher-Bundes für Hamburg, Altona und Ottenfen
Sonnabend, den 30. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Salon zum Roland, Jakobstraße 19. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Lohnfrage. 3. Wichtige Vereinsangelegenheit. J. Wirteling.

Leipzig. Bund der Tischler u. verw. Berufsgenossen.
Sonnabend, den 30. Juni, Abends 1/2 9 Uhr im Saale des Herrn Michael, gr. Windmühlenstraße 7:
Versammlung.
Tagesordnung: 1) Urabstimmung über die Verschmelzung der Organen „Bund“ und „Pionier“. 2) Bundesangelegenheiten. [80]
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet Der Vorstand.
Organ genügende Sicherheit wünscht ein langjähriger Parteigenosse von irgend einem Genossen 100 M. zu leihen. Näheres durch die Expedition der „Neuen Offenbacher Zeitung“. (S. 240) [90]

Als Verwalter oder Disponent größerer Anwesen oder Etablissements empfiehlt sich ein selbstständig gewesener Techniker reiferen Alters. (36) [1.00]
Näheres K. P. durch die Expedition.

Die Geheimnisse des sächsischen Cabinets. 2 Bde. Sig. Cotta. Statt 18.75 nur 6 M. Krud. Geschichte der französischen Revolution v. 1789—1799. 6 Bde statt 6 M. nur 3 M. Schmitt. Die Licht- und Schattenseiten des Lebens. Roman in 6 Bdn, statt 18 M. nur 2 M. Birne's Schriften. 12 Bde. nur 12 M. Freiligrath's Werke. 3 Bde. eleg. geb. nur 10 M., so wie alle Erscheinungen des Buchhandels zu ermäßigten Baarpreisen. (Man vergl. die Anzeige in Nr. 69 des „Vorwärts“.) [70]
Berlin SW., Hagensbergerstr. Wortmann'sche Buchhdlg.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:
Baldverwüstung und Ueberschwemmung.
Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.
Von Georg Follmar.
Preis pro Exemplar 15 Pfennig.
Die Buchhandlung des „Vorwärts“.
Verantwortlicher Redakteur: A. Seiffert in Leipzig.
Redaktion und Expedition Friedrichstraße 12/II in Leipzig.
Druck und Verlag der Gesellschaftsbuchdruckerei in Leipzig.